

**Wahlprogramm
des CDU Stadtverbandes Neunkirchen
zur Kommunalwahl 2024.**

**NEUNKIRCHEN ZUKUNFSFEST MACHEN
- FÜR EINE MODERNE UND
LEBENSWERTE STADT.**

SICHERHEIT UND ORDNUNG.

Gerade in den zurückliegenden Jahren hat sich das „**subjektive Sicherheitsgefühl**“ in der Innenstadt deutlich verschlechtert. Dies ist nicht nur für die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt, sondern auch für die Besucherinnen und Besucher von großer Bedeutung. Viele Menschen fühlen sich beim Einkaufen, beim Arztbesuch oder beim Restaurantbesuch unbehaglich. Es muss sowohl für die Stadtverwaltung, aber auch für die Landespolizei Priorität haben, alles Erforderliche zu tun, damit sich dies schnellstmöglich verbessert.

Ein Instrument ist die personelle und materielle Verbesserung des **Kommunalen Ordnungsdienstes** (KOD). Die Überwachung des ruhenden Verkehrs sollte beispielsweise durch die verbindliche Parkscheibenpflicht statt Parktickets usw., und andere Maßnahmen verschlankt werden, so dass das dort eingesetzte Personal auch für Streifendienst und Ähnliches bereitsteht. Ebenso muss die Überwachung des fließenden Verkehrs, die auch für mehrere Umlandkommunen durchgeführt wird, geprüft werden, bindet doch auch diese viel Personal. Der KOD muss auch längere Einsatzzeiten gewährleisten können, d.h. eine Bestreifung bis 22.00 Uhr sollte mindestens gewährleistet werden. Eine zentrale Erreichbarkeit des KOD, insbesondere auch außerhalb der normalen Geschäftszeiten, muss sichergestellt und diese Nummer auch hinreichend publiziert werden. Zu Gunsten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KOD muss deren Ausbildung intensiviert werden, damit sie sowohl das notwendige theoretische als auch praktische Handwerkszeug erlernen können. Die Stadtverwaltung als auch die Landesregierung werden aufgefordert, eine Ausbildung ähnlich der des Polizeilichen Ordnungsdienstes des Landes für Bedienstete der Kommunalen Ordnungsdienste einzurichten. Auch eine Überarbeitung des Saarländischen Polizeigesetzes erscheint angebracht, darf doch ein Bediensteter des KOD nichts zur Selbstverteidigung mit sich führen. Im Rahmen dessen muss auch die Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Tätigkeit und Ausbildung angemessen sein. Die persönliche Ausrüstung des KOD, insbesondere auch die Dienstkleidung, muss den Erfordernissen genügen und ein professionelles Erscheinungsbild unterstützen.

Eine bessere Verzahnung der Tätigkeit des KOD und der **Landespolizei** sowie gemeinsame Streifengänge sind ebenso wichtige Instrumente zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls.

Wir beteiligen uns auch jedes Jahr an der Aktion „Saarland Picobello“, an der wir mit vielen Dutzenden Mitgliedern in allen Bereichen der Stadt Müll sammeln gehen. Hierbei, aber auch unterjährig stellen wir fest, dass dieser Bereich des Zentralen Betriebshofes aufpersonalisiert werden muss, da die wilden **Müllablagerungen** kontinuierlich ansteigen. Der starken Vermüllung im Innenstadtbereich muss effektiv begegnet werden, d.h. nicht nur durch das Wegräumen des Mülls, sondern auch durch einen entsprechenden repressiven Bußgeldkatalog, der auch vom KOD durchgesetzt werden muss. Das Erscheinungsbild vieler Straßen und Plätze in der City ist dem Image als Einkaufsstadt abträglich. Auch die Anzahl der Containerstellplätze und deren Überwachung muss überdacht werden, ist doch die dortige Situation oft kein Aushängeschild für unsere Stadt.

Die **Videoüberwachung von Hotspots** muss zusammen mit der Landespolizei intensiv geprüft und, wenn rechtlich möglich, auch umgesetzt werden. Auch sollte ein Alkoholverbot an besonderen Plätzen geprüft werden.

Die AG Beleuchtung, die u.a. als Folge unserer Intervention Anfang 2023 gegründet wurde, hat einige Ideen für eine **bessere Beleuchtung** in der Innenstadt erarbeitet, deren Umsetzung wir im Stadtrat und seinen Ausschüssen eng begleiten werden.

Wir sprechen uns dafür aus, dass sowohl der KOD als auch die Polizeiinspektion Neunkirchen in der Innenstadt angesiedelt werden. Das Gelände des ehemaligen Kaufhofs bietet hierzu beste Möglichkeiten.

KOD wie auch Landespolizei müssen immer für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein und den Anzeigen zeitnah nachkommen. Einer möglicherweise notwendigen Aufpersonalisierung des KOD unterstützen wir ausdrücklich. Die Landesregierung wird zugleich aufgefordert, ihr Personal in Neunkirchen deutlich zu verstärken und mehr Präsenz zu zeigen.

BILDUNG.

Neunkircher ist ein **wichtiger Schulstandort** für den gesamten Kreis. Verschiedene weiterführende und auch berufsbildende Schulen decken eine vielfältige Bildungslandschaft ab. Bei den Grundschulen und weiterführenden Schulen muss das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern und Schüler gewahrt werden, d.h. es müssen sowohl freiwillige als auch gebundene Ganztagschulen angeboten werden. Nur dies bildet die Vielfältigkeit der Lebensentwürfe angemessen ab, ideologische Ansätze sollen/müssen hier vermieden werden.

Der **Übergang von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen** muss besser gestaltet werden. Ähnlich dem Programm „Sprungbrett“, das den Übergang von der Kita zur Grundschule in einigen Bezirken unterstützt, sprechen wir uns auch für ein entsprechendes Programm für den Besuch weiterführender Schulen aus.

Die Vergabe von **Plätzen an Freiwilligen Ganztagsgrundschulen** sollte auch Faktoren wie die Berufstätigkeit der Eltern, die Situation von Geschwistern und andere Betreuungsmöglichkeiten prüfen und berücksichtigen.

Tablets sollten nicht zu früh bzw. dosiert eingeführt werden. Gerade jüngere Erkenntnisse haben gezeigt, dass Bücher in den ersten Schuljahren eine wesentliche Funktion wahrnehmen. Die noch ausbaufähige IT-Ausrüstung der Schulen muss weiter verbessert werden bzw. die IT-Betreuung durch den Landkreis und/oder die Kommunen intensiviert werden. Auch müssen die Lehrkräfte durch das Land gut geschult werden, damit die vorhandene Hard- und Software auch sinnvoll genutzt werden kann.

Vereine, die sich sowohl ehrenamtlich in die Sprachförderung, aber auch in den Bereichen Sport, Kultur etc., in das schulische Leben einbringen, müssen angemessen gefördert werden.

In Neunkirchen fehlen hunderte, wenn nicht gar tausende **Krippen- und Kita-Plätze**. Eine Chancengleichheit wird so nicht gewahrt. Es wurden in den zurückliegenden Jahren zwar einige wenige Kitas neu gebaut oder renoviert, aber dies entschärft die Lage nicht. Viele Eltern erhalten in Neunkirchen keine Plätze für ihre Kinder, was viele Familien vor große Herausforderungen stellt. Hier sind insbesondere das Land und auch der Bund gefordert; es reicht nicht aus, Gesetze zu erlassen oder vollmundige Versprechen zu geben, es müssen endlich auch Fördergelder in ausreichendem Umfang gezahlt werden. Alleine können die saarländischen Kommunen die enormen Baukosten nicht mehr stemmen.

Darüber hinaus muss seitens der Stadt eine **Fachkräfteoffensive** gestartet werden, denn es nützt die schönste und größte Kita nichts, wenn kein Personal vorhanden ist. Hierbei müssen Anreize geschaffen werden und deutlich mehr Ausbildungsstellen wie bisher angeboten werden. Die Stadtverwaltung muss sich dafür einsetzen, dass insbesondere für die neue PiA-Ausbildung (Praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin) deutlich mehr Schulplätze vorgehalten werden als dies bisher der Fall ist – hier ist die Landesregierung deutlich gefordert. Neben den Schulplätzen müssen aber auch entsprechende Ausbildungsstellen in den städtischen Kitas angeboten werden. Die drei bisherigen entsprechen nicht dem tatsächlichen Bedarf. Der aktuelle Personalmangel führt in Teilen bereits zu kürzeren Betreuungszeiten und spontanen Schließungen, was für viele Familien und Alleinerziehende zur Unvereinbarkeit von Familie und Beruf führen kann. Die Kitas müssen verlässlicher werden und gerade die Stadt, die selbst mit einem guten Dutzend Einrichtungen tätig ist, muss mit gutem Beispiel vorangehen. Zu Unrecht geleistete Kitabeiträge müssen bei (früheren) Schließungen zeitnah an die Eltern zurückgezahlt werden.

Des Weiteren muss endlich ein **kreisweiter Kita-Planer** eingeführt werden, damit einerseits die Eltern wissen, wo sie ihr Kind anmelden können und andererseits die Kommunen und der Kreis wissen, welcher tatsächliche Bedarf besteht. Das man derzeit auf mehreren Wartelisten stehen kann und diese nicht untereinander vernetzt sind, ist im Digitalzeitalter nicht nachvollziehbar. Hier müssen die Behörden auch die freien und kirchlichen Träger miteinbinden.

Die **Sprachförderung in Kitas** muss wieder ausgebaut und intensiviert werden. Viele Kinder können beim Schulbesuch kein oder kaum Deutsch. Die Beendigung des landesweiten Programms „Früh Deutsch lernen“ durch die aktuelle Landesregierung war ein großer Fehler. Auch sollte man wieder über die Einführung eines Grundschuljahrs 0 für noch nicht schulfähige Kinder nachdenken, um die Chancengleichheit zu erhöhen.

Wir sprechen uns auch weiterhin für die Errichtung einer **integrativen Kindertagesstätte** aus, so dass Kinder mit Behinderung wohnortnah in Neunkirchen betreut werden können.

Die **Akademie der Saarwirtschaft** (ASW), die erst vor wenigen Monaten ihren Mietvertrag in Neunkirchen verlängert hat, muss mehr in den Fokus rücken. Viele junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter saarländischer Unternehmen können dort einen Bachelor-Abschluss in einem dualen Studium erwerben. Mehrere hundert Studentinnen und Studenten sind regelmäßig vor Ort. Man muss sie mehr in das gesellschaftliche Leben in Neunkirchen integrieren; hier sind sowohl Werbeaktionen im Einzelhandel, aber auch in der Gastronomie denkbar. Auch bezahlbarer Wohnraum muss für sie vorgehalten werden, ggf. über die Stadt und die GSG gefördert.

SOZIALES.

Im Sozialbereich wird schon einiges in Neunkirchen umgesetzt bzw. konnte mit dem vor einigen Monaten eingeweihten Kinderhaus in der Innenstadt ein wesentliches Element der Kinderbetreuung und -förderung im niedrigschwelligen Bereich ans Netz gehen.

Junge Familien müssen gezielt gefördert, Kinder wertgeschätzt werden. Hierbei sollten auch die älteren Mitmenschen integriert werden, beispielsweise durch eine Kinderbetreuung durch Leihomas/-opas und durch Programme wie „Wohnen für Hilfe“.

Insbesondere für ältere bzw. nicht mobile Menschen wäre die Umsetzung eines **mobilen, aufsuchenden Rathauses** notwendig. Zumindest einmal pro Woche sollten Dienstleistungen des Bürgerbüros in den Stadtteilen angeboten werden.

Programme, um Menschen aus der **sozialen Armut** herauszuhelfen, sollten verstärkt angegangen werden. U.a. sollten sog. Besuchsdienste eingerichtet werden.

Die **Inklusion von Menschen mit Behinderung** muss priorisiert werden. Entsprechende bauliche, visuelle und akustische Einrichtungen müssen bei der Renovierung städtischer Gebäude immer mitgedacht werden. Wir fordern die Stadt auf, einen **Inklusionsberater** einzustellen, der dabei helfen soll, die städtischen Liegenschaften barrierefrei zu gestalten und der weitere Institutionen (Schulen, Vereine) beraten soll. Auch sollte darüber nachgedacht werden, ggf. eine **Inklusionsabteilung/-Betrieb** einzurichten, in der Menschen mit Behinderung – gefördert durch das Landesinklusionsamt – arbeiten können. Viele Betriebe oder auch Kommunen in ganz Deutschland bieten bereits so etwas an.

Wir sprechen uns für die Installation eines „**Vereinskümmerner**“ aus, d.h. eine Person, die den ehrenamtlich Tätigen mit Tat und Rat zur Seite steht und sie an entsprechende Stellen innerhalb der Stadtverwaltung und darüber hinaus vermittelt.

Die freiwilligen Förderleistungen für die **Verbände der Freien Wohlfahrtspflege** müssen, trotz schwieriger Haushaltslage, beibehalten werden. Jeder hier investierte Euro ist Gold wert, stehen dieser Förderung noch Eigenbeiträge und auch ehrenamtliche Leistungen gegenüber. Noch bedeutender ist aber der gesellschaftliche Beitrag, den die Verbände und Institutionen hierdurch leisten können – dies ist schlichtweg unbezahlbar!

GESUNDHEIT.

Die **Pflegestruktur** muss stärker dezentralisiert werden. Wo möglich, sollten Pflegeheime nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Stadtteilen, angesiedelt werden. Insbesondere sollten aber Tagespflegeangebote zur Entlastung der pflegenden Angehörigen in den Stadtteilen gefördert werden. Wir sprechen uns für die Einrichtung eines „Runden Tisch Pflege“ zur besseren Vernetzung aller Akteure und zur Weiterentwicklung der örtlichen Strukturen aus.

Wir fordern die Stadtverwaltung, den Landkreis und die Landesregierung auf, zeitnah mit der Kreuznacher Diakonie eine angemessene und beständige Lösung zu finden. Die seit mehreren Jahren nun andauernde Unsicherheitsphase ist sowohl für die Angestellten des **Diakonie Krankenhauses**, aber auch für die Neunkircher Bürgerinnen und Bürger ein nicht mehr hinnehmbarer Zustand. Eine medizinische Grundversorgung in der Innenstadt muss auch künftig gesichert sein.

Darüber hinaus muss aber auch die **ambulante medizinische Versorgung** gesichert sein. Immer mehr Facharzt- und Allgemeinmedizinpraxen schließen, ohne dass ein Nachfolgeangebot gegeben ist. Hier muss so schnell wie möglich von allen staatlichen Stellen eine Lösung gefunden werden – auch von der Stadt, denn medizinische Versorgung ist auch Daseinsvorsorge. Verschiedene Modelle, wie die Schaffung kommunaler Medizinischer Versorgungszentren (MVZs), sind hier denkbar, müssen dann aber auch gedacht und umgesetzt werden! Auch in den weiteren medizinischen Bereichen, wie Physiotherapie oder Apotheken, gibt es immer weniger Angebote und die Versorgung wird schwieriger.

Wir fordern sowohl die Landesregierung als auch die Stadt und den Kreis auf, sich dafür einzusetzen, dass weiterhin eine **allgemeine Notdienstpraxis** in Neunkirchen vorhanden ist. Auch muss weiterhin ein **Kindernotdienst**, insbesondere am Wochenende, in der Marienhausklinik in Kohlhof gegeben sein.

Die zuvor genannten MVZs könnten in den Stadtteilen zumindest tageweise geöffnet haben und eine allgemein- oder zahnmedizinische Versorgung gewährleisten. Dadurch würden auch teure Busfahrten in andere Orte für Rentnerinnen und Rentner und weitere Personen verringert werden.

Koordiniert durch die kommunale Ebene (Stadt, aber auch den sind im Dornröschenschlaf befindlichen Landkreis) müssen alsbald Lösungen gefunden werden, denn nur über die Probleme zu sprechen, wie dies derzeit auf allen Ebenen geschieht, bringt uns nicht weiter – wir brauchen umsetzbare Lösungen!

STADTENTWICKLUNG UND BAUEN.

Wir sprechen uns nach wie vor ein eine **Weiterentwicklung der Bliesterrassen** aus. Planerische und konzeptionelle Fehler, wie in der Vergangenheit geschehen, dürfen in Zukunft nicht mehr passieren; die große Investition muss sich für Neunkirchen und unsere Gemeinschaft deutlich lohnen.

Wir fordern einen **Masterplan für die Innenstadtentwicklung**. Neue Bauvorhaben, aktuelle Leerstände und städteplanerische Erwägungen im Bereich Lübbener Platz/Stummplatz/Hammergraben müssen in Einklang gebracht werden. Hierbei muss auch die Schaffung einer zusammenhängenden Fußgängerzone geprüft werden. Darüber hinaus muss auch ein **Masterplan für das Wagwiesental** erstellt werden. Die geplanten und bereits abgeschlossenen Maßnahmen müssen mit den Interessen aller Bürger und Institutionen abgestimmt werden.

Der Landesentwicklungsplan muss die Möglichkeit der **freistehenden Einfamilienhausbebauung** generell berücksichtigen, und nicht nur im Ausnahmefall, und das Kohlhofer Feld muss als Naturfläche erhalten bleiben.

Der **soziale Wohnungsbau** muss in Neunkirchen, insbesondere durch die städtische Tochter GSG, wieder forciert werden. Der Wohnungsnot der letzten Jahre muss endlich aktiv begegnet werden. Darüber hinaus müssen aber auch Wohnungsbauprojekte für die Mittelschicht angestoßen werden, da auch diese kaum mehr vernünftigen Wohnraum in Neunkirchen finden.

Die Bereitstellung einer **angemessenen Anzahl von Bauplätzen** in den Stadtteilen muss gewährleistet werden. Viele junge Menschen verlassen ihre Orte und ziehen in andere Kommunen in der näheren Umgebung, da dort noch Bauplätze für junge Familien im ländlichen Gebiet bereitgehalten werden. Zumindest junge Neunkircher Bürgerinnen und Bürger müssen die Chance haben, in ihren Orten wohnen bleiben zu können. Auch müssen der **Ankauf und die Renovierung älterer Häuser durch junge Familien** stärker gefördert werden. Das aktuelle Programm muss deutlich überarbeitet und an die tatsächlichen Realitäten angepasst werden, insbesondere sprechen wir uns für eine Erhöhung der Zuschüsse aus, da die aktuellen kaum die Grunderwerbssteuer decken.

Im Rahmen der **Stadtteil- und Dorfentwicklung**, die durch die von unserem Beigeordneten Thomas Hans, CDU, geführte Stabsstelle in den letzten Jahren deutlich forciert wurde, sprechen wir uns für die **Schaffung von Dorfplätzen und Gemeinschaftsräumen** aus, damit sich die Bürgerinnen und Bürger treffen, austauschen und zusammen feiern können. Zur Stärkung der dörflichen Infrastruktur muss die Wirtschaftsförderung einen Schwerpunkt auf den **Erhalt bzw. die Schaffung von Einkaufsmöglichkeiten und Postservice** legen. Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin die Einrichtung eines „mobilen Rathauses“, d.h. das Bürgerbüro muss wöchentliche Angebote in den Stadtteilen anbieten, so das auch nicht mobile Bürgerinnen und Bürger ihre Dinge regeln können.

INDUSTRIE, GEWERBE, HANDWERK.

Im Bereich der Industrie- und Gewerbepolitik sollte das Augenmerk nicht auf der Schaffung immer neuer Industrie- und Gewerbegebiete liegen, sondern es sollten die **alten Industriebrachen** wieder nutzbar gemacht werden. Viele Hektar werden momentan nicht genutzt und leer stehen gelassen; hier sollte die Stadtverwaltung die Sanierung der entsprechenden Flächen anregen und mit Land und Bund zusammen Fördermöglichkeiten anbieten.

Generell muss die **Wirtschaftsförderung** auf neue, sichere Beine gestellt werden. Mögliche Investoren sollten einen Ansprechpartner haben, der sich wirklich um sich kümmert und Projekten offen gegenüber steht - es sollte eine Willkommenskultur herrschen. Neue Industrie- und Gewerbeansiedlungen sollten einen messbaren Mehrwert für Neunkirchen haben, seien es neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze oder Steuereinnahmen.

Eine Stadt unserer Größe kann nicht adäquat von der Wirtschaftsförderung des Kreises mitbetreut werden. Auch der Oberbürgermeister kann aufgrund seiner vielfältigen Aufgaben diese Position nicht wirklich ausfüllen. Deshalb fordern wir einen **hauptamtlichen Wirtschaftsförderer**. Hierbei darf neben der sehr wichtigen Industrie- und Gewerbeansiedlung, aber auch die Neunkircher Gastronomie nicht vergessen werden. Seit einer repräsentativen Online-Umfrage der Jungen Union im Jahr 2017, die auch im Stadtrat vorgestellt wurde, passierte seitens der Stadt nichts mehr, gemäß dem Motto „wir können keine Gastronomie betreiben“. Dies verlangt ja auch niemand, aber ein Wirtschaftsförderer könnte mögliche Investoren ansprechen und ggf. Unterstützungsprogramme für diese und andere Gewerbebereiche anregen. Das einzelne Projekt eines größeren saarländischen Handelskonzerns in der Saarbrücker Straße begrüßen wir sehr und hoffen, dass dies die Initialzündung für mehr sein könnte. Neben dem Wirtschaftsförderer, der primär für Neuansiedlungen zuständig sein soll, benötigt Neunkirchen auch noch einen „**Kümmerer**“, der sich um die täglichen Probleme und Wünsche der vorhandenen Firmen und Handwerker kümmert, damit diese auch noch möglichst lange ihrer Tätigkeit in Neunkirchen nachgehen können.

Wir sprechen uns auch für eine **aktive Förderung von Firmengründungen** aus. Diese sollen nicht nur in den Anfangsmonaten unterstützt werden, sondern es soll ihnen auch bei entsprechendem Wachstum geholfen werden, in Neunkirchen adäquate Gebäude etc. zu finden.

Die **Gewerbe- und Grundsteuer** sollen in Zukunft aufgrund der schwierigen Haushaltssituation der Kommunen nicht unendlich erhöht werden. Hier müssen die Stadtverwaltung und das SPD-geführte Innenministerium andere Lösungen finden, um die Haushalte zu sanieren. Es muss verhindert werden, dass Industrie und Gewerbe in andere Kommunen abwandern. Wir als CDU werden darauf achten, dass hier sorgsam verfahren wird.

UMWELT.

Im Rahmen der **Versorgungssicherheit** muss die Kreisstadt in enger Abstimmung mit der KEW als örtlichem Strom- und Wasserversorger Sorge dafür tragen, dass die vom Bund angestoßene Energiewende auch in Neunkirchen funktionieren wird. Es sollte geprüft werden, ob und wie das Fernwärmenetz ausgebaut werden kann und wie man Speichermöglichkeiten für Energie auf lokaler Ebene schaffen kann. Man sollte die Energiewende hierbei auch als Chance sehen, gleichzeitig diese aber auch bürgerfreundlich gestalten – nur so kann die Akzeptanz hierfür geschaffen werden.

Städtische Gebäude müssen hierbei energetisch saniert und **Photovoltaik** auf städtischen Dachflächen installiert werden. Hiermit wäre man Vorbild und würde zugleich Einsparmöglichkeiten erzielen.

Neunkirchen muss weiterhin ein Augenmerk auf **Grünflächen** legen. Gerade in den heißen Sommermonaten können diese, insbesondere als Frischluftschneisen, für eine Entspannung der Lage sorgen. Auch müssen, wie von uns bereits im Stadtrat vor wenigen Monaten gefordert, bauliche Maßnahmen umgesetzt werden um beispielsweise auf Spielplätzen oder öffentlichen Plätzen für Schatten zu sorgen.

Natürlich haben wir uns intensiv in die vom Stadtrat beschlossene **Klimaoffensive** eingebracht und zusammen mit anderen Parteien einen Maßnahmenkatalog aufgelegt, der nun stetig abgearbeitet wird, so beispielsweise der Trinkwasserbrunnen am Hammergraben.

INTEGRATIONSPOLITIK.

Wie bereits unter dem Punkt Bildung ausgeführt muss die **Sprachförderung in Kitas** ausgebaut und intensiviert werden und man sollte wieder über die Einführung eines Grundschuljahrs 0 für noch nicht schulfähige Kinder nachdenken, um die Chancengleichheit zu erhöhen.

Die **Personalausstattung** der Stadt und des Landkreises in diesem Bereich, aber auch die der Wohlfahrtsverbände, muss verbessert werden. Sprach- und kulturkundige Sozialarbeiter und ähnliche Professionen müssen als Lossen und Ansprechpartner ansprechbar sein.

Auch in Neunkirchen sollte es einen **Förderpreis** wie den saarländischen Integrationspreis geben, der gesellschaftliches Engagement in diesem Bereich durch Vereine, Organisationen und Verbände anerkennt und honoriert bzw. die Erfolge auch herausstellt.

Die **Verteilung von Flüchtlingen** mit Bleibeperspektive innerhalb des Saarlandes muss auf eine neue Basis gestellt werden. Wie bereits von der Stadt Anfang des Jahres gefordert, muss die Verteilungsquote den absoluten Anteil an Migranten in den Kommunen, auch insbesondere die EU-Binnenzuwanderung, angemessen berücksichtigen. Keine Kommune darf stärker gefordert sein als andere.

EHRENAMT.

Wir fordern die Stadtverwaltung auf, eine **Lotsenstelle für Vereine und Organisationen** einzurichten, die beispielsweise bei Fragen in Bezug auf Fördermöglichkeiten, aber auch verwaltungstechnischer Art, den richtigen Ansprechpartner vermitteln kann.

Wir fordern weiterhin ein **ortsbezogenes Budget zur Unterstützung ehrenamtlicher Vorhaben**, über das die Ortsräte verfügen können. Hierdurch könnte niedrigschwellig Hilfe und Unterstützung geleistet werden.

Wir sprechen uns mit Nachdruck für die Errichtung einer **multifunktionalen Halle** in der Neunkircher Innenstadt aus. Nach dem Wegfall der Kreissporthalle an der Fernstraße besteht seit Jahren ein Manko an geeigneten Räumlichkeiten für mittelgroße Sport- und Kulturveranstaltungen. Die Stadtverwaltung wird hierbei aufgefordert, diese Maßnahme nicht immer nur bei finanziell gering ausgestatteten Förderprogrammen des Bundes anzumelden, wo man nie in die engere Auswahl kommt, sondern zusammen mit dem saarländischen Innenministerium eine Lösung zu finden. Bedarfszuweisungen des Landes müssen auch wieder für größere Projekte in Neunkirchen gelten.

Auch das lange geforderte **Lehrschwimmbecken** für die Lakai muss zeitnah in die Planung gehen; gerade die aktuellen Zahlen der DLRG zeigen, dass der Schwimmunterricht für Kinder forciert werden muss und hierzu gehören auch geeignete Sportanlagen.

Wir sprechen uns dafür aus, dass die **Zuschüsse an den Neunkircher Sportverband** zur Unterstützung vereinseigener Infrastruktur etc. auch in finanziell schwierigen Zeiten fließen, da deren Arbeit gelebte Sozialarbeit darstellt. Der Pflegezuschuss für Sportvereine mit einem eigenen Sportplatz soll gebührend erhöht werden – hierfür setzen wir uns ein!

Leuchtturmprojekte, wie der Günther-Rohrbach-Filmpreis, das Musicalprojekt oder auch der Rosenmontagsumzug sind, insbesondere auch für die Außenwahrnehmung von Neunkirchen, bedeutend und sollen weiterhin unterstützt werden.

Wie bereits zu den Wohlfahrtsverbänden und auch den Sportvereinen ausgeführt, sind auch die **Zuschüsse an die musisch-kulturellen Vereine** sehr wichtig für diese, ja zum Teil schon existentiell. Gerade als eine Stadt mit einem Augenmerk auf Kultur sollten diese Zuschüsse beibehalten und angemessen erhöht werden, steigen doch auch die Kosten bei den Vereinen kontinuierlich.

FEUERWEHR.

Die **persönliche und technische Ausrüstung** der Freiwilligen Feuerwehr muss weiterhin kontinuierlich verbessert werden. Unter dem neuen Dezernenten Thomas Hans, CDU, konnten hierbei in den zurückliegenden Jahren bereits viele Verbesserungen durchgeführt werden.

Der **günstigere Eintritt für freiwillige Feuerwehrleute** in städtische Schwimmbäder war vor einigen Jahren bereits ein guter Schritt in die richtige Richtung; wir hoffen, dass sich dies bald auch auf weitere Einrichtungen, wie z.B. Fitnessstudios, im Rahmen eines Anreizkonzepts zur Stärkung des Ehrenamtes für die Pflichtaufgabe Feuerwehr erweitern lässt.

Das geplante **Lagezentrum** im Erdgeschoss des Rathauses wird die Funktionsfähigkeit des Feuerwehr- und Rettungsdienstes im Krisenfall deutlich verbessern.

Durch die Planung eines neuen **gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses** für die in Zukunft fusionierten Löschbezirke Furpach und Ludwigsthal und auch durch eine Standortanalyse für einen **Neubau in der Innenstadt**, wird die bauliche Situation der Löschbezirke wesentlich verbessert und mehr Platz geschaffen.

Die durchaus beachtliche Zahl ehrenamtlicher Feuerwehrmänner und von auch immer mehr Feuerwehrfrauen benötigt adäquate Umkleidemöglichkeiten und sanitäre Anlagen. Aber auch für die Fahrzeuge und die weitere Technik bedarf es entsprechend geeigneter Stell- und Lagerplätze.

Es ist erfreulich, dass es mittlerweile auch vereinzelte **Kinderfeuerwehren** gibt und sich die Anzahl an Jugendfeuerwehrleuten auf einem hohen Niveau befindet. Beide Bereiche müssen weiterhin von der Stadt aktiv, d.h. auch finanziell unterstützt werden, damit wir weiterhin genügend Nachwuchs in diesem Ehrenamtsbereich haben. In diesem Zusammenhang muss auch die Nachwuchsgewinnung über die sozialen Medien, d. h. auch für interessierte Erwachsene, ausgebaut werden.

Die nun seit einigen Jahren stattfindende **zentrale Beförderungsfeier** in der Gebläsehalle mit einem gemeinsamen Essen rückt die Arbeit der ehrenamtlichen tätigen Frauen und Männer in den verdienten Fokus. Neben dieser Veranstaltung sollten auch andere Veranstaltungen in den Löschbezirken, die der Kameradschaftspflege und des Teambuilding dienen, angemessen gefördert werden.

Der **hauptamtliche Rettungsdienst** in der Wache in Neunkirchen wurde in den zurückliegenden Jahren stetig erweitert und bietet nun auch eine reine Feuerwehrschicht an allen Tagen an, die gerade tagsüber, wenn die Ehrenamtler arbeiten sind, einen Grundbedarf abdecken kann. Auch dieser Bereich ist uns wichtig und bedarf in den nächsten Jahren weiterhin unserer vollen Unterstützung.

Das Feuerwehr- und Rettungswesen hat in den letzten vier Jahren unter dem neuen Dezernenten die Aufmerksamkeit bekommen, das es schon lange verdient gehabt hätte.

FREIZEIT.

Wir sprechen uns für den Erhalt und die Stärkung der Attraktivität des **Neunkircher Zoos** aus. Der Zoo ist eins der touristischen Highlights der Region und auch unsere Visitenkarte nach außen.

Wie bereits unter dem Punkt Industrie, Gewerbe und Handwerk ausgeführt muss das **gastronomische Angebot** in der Innenstadt ausgebaut werden. Andere Städte in der Region zeigen, was hier alles möglich sein kann. Ein ausreichendes gastronomisches Angebot hat auch einen großen Freizeitwert. Gastronomische Konzepte müssen angemessen aktiv gefördert werden und regional bekannte Investoren angesprochen werden.

Das **Neunkircher Stadtfest**, aber auch die vom Verkehrsverein veranstaltete **Wein-Lounge**, und auch andere Feste müssen weiterhin städtischerseits unterstützt und gefördert werden, sind sie doch wichtige Leuchttürme des Neunkircher Freizeitangebots. Darüber hinaus müssen aber auch die kleinen, persönlicheren Dorffeste in den Stadtteilen angemessen finanziell und organisatorisch unterstützt werden, werden sie doch insbesondere vom Ehrenamt getragen.

Auch die Erholungsfunktion des **Wagwiesentals** und anderer Grünflächen muss stärker herausgearbeitet und im Rahmen einer Gesamtbetrachtung für die Bürgerinnen und Bürger erlebbarer gemacht werden.

DIGITALISIERUNG.

Der **Ausbau des Schnellen Internets** in der Innenstadt, aber auch insbesondere in den Stadtteilen muss forciert werden. Wartezeiten von zum Teil von mehreren Jahren sind sowohl für Gewerbetreibende als auch für Privatleute eine Zumutung. Hier sind insbesondere der SPD-geführte Bundes- und Landesregierung gefordert, nicht nur Geld in das System zu geben, sondern auch die Strukturen mitzugestalten, damit der Glasfaseranschluss kein Luftschloss bleibt.

Die **igudd-App** der KEW, an der sich u.a. die Kreisstadt Neunkirchen mit einem Informationsangebot beteiligt, sollte stetig erweitert werden und weitere Funktion anbieten. Unter anderem muss das digitale Baustelleninformationssystem der igudd-App dringend ertüchtigt werden.

Die Möglichkeiten, **elektronische Anträge** zu stellen und auch andere Verfahrensschritte elektronisch abzubilden, müssen weiterhin ausgebaut werden. Das derzeitige Angebot mag einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellen, aber auch nicht mehr.

Die **Ergebnisse der TU Kaiserlautern** im Rahmen des Dorfentwicklungsprojektes könnten im Internet stadtteilbezogen dargestellt werden. Außerdem könnte die generelle Darstellung der Stadtteile auf der Stadt-Homepage detaillierter ausfallen.

Punkte von besonderer historischer Bedeutung könnten mit einem **QR-Code** versehen werden, der zu einer online dargestellten Erklärung verweist. Somit könnte man niedrigschwellige die Neunkircher Geschichte vermitteln.

FINANZEN UND VERWALTUNG.

Die **freiwilligen Leistungen** an Wohlfahrtsverbände, Sportvereine und musisch-kulturelle Verbände müssen trotz aller Konsolidierungsbemühungen weiterhin Bestand haben, dafür setzen wir uns mit ganzer Kraft ein!

Die aktuelle finanzielle Situation der saarländischen Kommunen können diese aus eigener Kraft nicht mehr zum Besseren wenden. Hier sind die SPD-geführte Landes- und Bundesregierung gefordert. Der **Kommunale Finanzausgleich** muss neu justiert werden, aber nicht zu Lasten der Städte, die eine Vielzahl an Aufgaben zu schultern haben. Darüber hinaus muss endlich ein **Altschuldenerlass**, unterstützt durch den Bund, folgen. Von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, wie im Grundgesetz festgelegt, kann man im Saarland schon lange nicht mehr sprechen. Wir nehmen deutlich weniger Steuern ein und investieren auch deutlich weniger als die anderen Bundesländer. Das **Konnexitätsprinzip** (wer bestellt, der bezahlt auch) muss stärker verankert sein. Es kann nicht sein, dass die Ampel-Regierung in Berlin oder die SPD-Alleinregierung in Saarbrücken ungefragt Dinge entscheidet und das schwächste und letzte Glied in der Kette, nämlich die kommunale Ebene, dann alles bezahlen sollen.

Fehlende Zeitressourcen der Stadtverwaltung dürfen nicht dazu führen, sich nicht den berechtigten Förderansprüchen für viele Sanierungsmaßnahmen und Bauprojekte der Kreisstadt widmen zu können. Wir regen daher die Einrichtung eines **städtischen Förderlotsen** in der Stadtverwaltung an, der als Ansprechpartner und Brückenbauer (auch im Außenverhältnis) finanzielle Mittel für Projekte und Maßnahmen aus EU-, Bundes- und Landesförderungen auslotsen wird. Ziel ist ein aktives und strategisches Fördermittelmanagement, um die Finanzierung von Projektvorhaben der Kreisstadt bestmöglich, d. h. unter geringstmöglichem Einsatz von Eigenmitteln und Fremdfinanzierung (Krediten) umsetzen zu können.

Es muss auch endlich das sog. **Mobile Rathaus** realisiert werden, d.h. in den Stadtteilen müssen einmal pro Woche Serviceleistungen des Bürgerbüros angeboten werden, so dass auch ältere bzw. nicht mobile Menschen ohne größeren Aufwand ihre notwendigen Dinge mit der städtischen Verwaltung regeln können.

Außerdem muss die Tätigkeit im **Homeoffice** für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wo dies grundsätzlich möglich ist, auch technisch umsetzbar sein. Wir fordern die Verwaltung auf, die notwendige Hard- und Software vollumfänglich anzuschaffen, die hierzu erforderlich ist. Die Kreisstadt Neunkirchen muss ihre Attraktivität als Arbeitgeberin deutlich steigern. Viele Firmen in der Privatwirtschaft, aber auch die Landesverwaltung, zeigen, dass in einer Vielzahl von Fällen Homeoffice oder ähnliche Angebote ohne Probleme möglich sind.

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV) UND ALLGEMEINE VERKEHRSSITUATION.

Das **vorhandene Liniennetz** muss insbesondere an den vorhandenen Randpunkten weiterhin optimiert werden. Aber auch neue Systeme, wie z.B. **Anrufsammeltaxis** oder das Rufbus-Modell müssen stärker in den Fokus genommen werden. Auch der Einsatz von Kleinbussen mit ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern (**Bürgerbusse**) kann dazu beitragen, dass insbesondere die sog. letzte Meile erfolgreich überwunden werden kann. Hierunter versteht man den Umstand, dass sich die Bushaltestellen oft nur in den Ortsmitten befinden, aber viele insbesondere ältere Menschen eine nicht unbeträchtliche Strecke von ihrem Wohngebiet dorthin zurücklegen müssten, was für sie nicht einfach ist. Hier können solche Bürgerbusse deutlich helfen.

Insbesondere im Bereich Wellesweiler bzw. Oberstadt fordern wir die Anlegung von **Park&Ride-Parkplätzen**.

Rund um den **Neunkircher Hauptbahnhof** muss ein ausreichendes Angebot an günstigen, ggf. auch kostenlosen Parkplätzen angeboten werden, damit der Umstieg auf den ÖPNV besser gelingt. Des Weiteren muss die Sauberkeit und Ordnung im und rund um den Hauptbahnhof weiterhin in Zusammenarbeit mit der Bahn deutlich verbessert werden. Auch sollte der Bahnhof stärker mit Geschäften versehen werden. Derzeit stellt er zu machen Tageszeiten einen ziemlich trostlosen Anblick dar.

Auch die **Anlage neuer Fahrradwege**, sowohl in der City als auch in den Stadtteilen, wird von uns aktiv begleitet, insbesondere auch durch den Fahrradbeauftragten unserer Stadt, der auch für uns im Ortsrat Wellesweiler tätig ist. Auch Aufladestationen für E-Bikes und Verwahrboxen müssen gebaut werden.

Ein intelligentes, ggf. mit der igudd-App verlinktes, **Parkleitsystem** soll eingeführt werden.

Der **Streu- und Räumplan** der Kreisstadt soll, wie in manch anderen Kommunen auch, Wohnstraßen niedriger Ordnung mit starkem Gefälle oder starker Steigung in der Reihenfolge etwas nach vorne rücken, damit auch dort Rettungsdienste und Feuerwehr ohne Probleme anfahren können.

Wir fordern die städtische Verwaltung auf, Baustellen besser mit der KEW oder dem Landesbetrieb zukünftig abzustimmen. Einige Baustellen in den zurückliegenden Jahren waren aufgrund der Abstimmungsprobleme für die Anwohnerinnen und Anwohner ein deutliches Ärgernis und für die Gewerbetreibenden ein großer Schritt zur drohenden Insolvenz.

PARTNERSCHAFTEN.

Die kommunalen Partnerschaften in unserer Stadt finden, bis auf die sehr rege Partnerschaft zwischen Hangard und dem lothringischen Enchenberg, nur noch auf Funktionärasebene statt, was nicht der Sinn des Ganzen ist. Sowohl die Partnerschaft mit dem französischen Mantes-la-Ville als auch die mit Lübben (Spreewald) und dem polnischen Wolsztyn müssen wieder mehr durch bürgerschaftliches Engagement erfüllt werden. Gerade dieser Bereich muss stärker durch die Kreisstadt unterstützt und in den Fokus gerückt werden. Die aktuellen Entwicklungen in Europa, nämlich das Erstärken nationalistischer Bestrebungen und Kriege, zeigen, wie wichtig solch ein regelmäßiger Austausch zwischen den Staaten und Menschen ist. Wir fordern die Verwaltungsspitze auf, diesen Bereich wieder stärker in die Bevölkerung zu tragen und die Schaffung von Strukturen anzuregen. Die Partnerschaftsausschüsse in Hangard und Enchenberg sind die besten Beispiele dafür, wie man dies mit Bürgerinnen und Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft darstellen kann.

Kommunalwahl

9. Juni 2024

CDU



IMPRESSUM.

WAHLPROGRAMM CDU 2024

Herausgeber:
CDU Stadtverband Neunkirchen

CDU Saar
Stengelstraße 5
66117 Saarbrücken

Für den Inhalt verantwortlich:
Henrik Eitel

Redaktion:
Karl Richard Jung

Layout:
Mike Monz
www.mimo-sticker.de